

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>Planfeststellung nach dem Bundesfernstraßengesetz; Neubau der A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg, 7. Bauabschnitt von Ehra bis Wolfsburg, Anlage einer Tank- und Rastanlage zwischen Jembke und Tappenbeck, Neubau der L289/B248 mit Anschlussstelle Ehra sowie notwendige landschaftspflegerische Kompensationsmaßnahmen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>aus Sicht der von uns zu vertretenden öffentlichen und fachlichen Belange nehmen wir zu dem vorliegenden Planfeststellungsentwurf nach Prüfung der Unterlagen, örtlicher Besichtigung des Planungsraumes und Rücksprache mit der örtlichen Landwirtschaft wie folgt Stellung: [431]</p>	
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>1. Vorbemerkung</p> <p>Der vorliegende Planentwurf ist Teil einer übergeordneten Gesamtplanung zum Bau der Autobahnverbindung zwischen Wolfsburg und Lüneburg. Als sogenannter Teilabschnitt 7 beinhaltet der nun zur Planfeststellung vorbereitete Streckenabschnitt den vierstreifigen Neubau der A 39 von Ehra bis zum Anschluss an die bestehende A 39 im Bereich der B 188 bei Wolfsburg. Im Bereich der geplanten Anschlussstelle Ehra werden zudem die L 289 und die B 248 so verlegt und angebunden, dass sich eine nördliche Umgehung der Ortslage Ehra ergibt.</p> <p>Im Detail verläuft die Trasse der A 39 von Ehra ausgehend westlich des FFH-Gebietes Vogelmoor, nach Süden, tangiert die Siedlung "Hinterm Schafstall" auf der Ostseite, quert den Windpark "Boldecker Land" westlich der Ortschaften Barwedel und Jembke und kreuzt die B 248 südlich von Jembke. Von dort verläuft sie östlich von Tappenbeck parallel zur Kleinen Aller und schließt im Bereich der B 188 nach 14,2 km an die bestehende A 39 an. Damit endet sie an der vorhandenen Anschlussstelle Weyhausen, die den neuen verkehrlichen Randbedingungen anzupassen ist.</p> <p>Kennzeichnend für die Landwirtschaft im Planungsraum ist der hohe Anteil an Beregnungsflächen. Die Planung berührt zudem in erheblichem Maße das Gebiet des Abwasserverbandes Wolfsburg. Hieraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Planung.</p> <p>Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen betrachtet als landwirtschaftliche Fachbehörde die Belange der Landwirtschaft als Ganzes. Einzelbetriebliche und flächenspezifische Betroffenheiten werden in ihrer Gesamtheit bewertet. Im Rahmen der Erarbeitung unserer Stellungnahme zum</p> <p>Planentwurf wurden Gespräche mit Vertretern des Amtes für Landentwicklung, des Landvolkverbandes, der Beregnungsverbände, des Abwasserverbandes Wolfsburg und der örtlichen Landwirtschaft geführt. [758]</p>	<p>Die dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen. [884]</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	2. Flächenverbrauch <p>Für den Neubau der Trasse besteht im gesamten Streckenabschnitt Bedarf an Grund und Boden, welcher sich derzeit überwiegend nicht im Bundeseigentum befindet. Der Bedarf an Grund und Boden ist in den Unterlagen für den Neubau (Ausbau) der Fahrstreifen (Autobahn), der Begleitbauwerke und der Anlage weiterer Wege im gesamten Streckenabschnitt mit rund 130 ha angegeben. Weiterhin wird der Bedarf für eine gelegentliche Inanspruchnahme von Flächen für Baustelleneinrichtungen, Arbeitsstreifen, Materialablagerungen usw. mit rund 60 ha beschrieben. Die Gestaltungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden für den gesamten Ausbauabschnitt mit insgesamt rund 380 ha beziffert, wobei ein Großteil der Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen umgesetzt werden soll, so dass diese der landwirtschaftlichen Nutzung nachhaltig verloren gehen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass wir uns angesichts der Größenordnung des Flächenverbrauchs und der erheblichen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Strukturen bereits im Raumordnungsverfahren für eine Nullvariante bzw. eine weiter östlich verlaufende Planungsvariante ausgesprochen hatten.</p> <p>Nachdem dieser Zielsetzung nicht gefolgt wurde, ist es im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden umso wichtiger, den Flächenverbrauch auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren. Dies gilt sowohl für die eigentlichen Bauflächen als auch für die naturschutzfachlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen . [759]</p>	<p>Aufgrund der Größe der geplanten Baumaßnahme sind Grunderwerbsbetroffenheiten nicht vermeidbar. Die grundlegenden Auswirkungen auf die Agrarstrukturen wurden bereits im Rahmen der Linienfindung betrachtet und in der Gesamtabwägung berücksichtigt. Im Rahmen des straßenbautechnischen Vorentwurfes wurden weitere Optimierungen durchgeführt. Hierzu dienten umfangreiche Abstimmungen mit den zuständigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Verbänden. Die Ergebnisse finden sich unter anderem in der Unterlage 21.3 (Landwirtschaftliche Betroffenheitsanalyse)</p> <p>Die Agrarstruktur wurde durch die Anpassung des Wirtschaftswegenetzes bestmöglich aufrecht erhalten, kommunale und regionale Interessen wurde insbesondere mit der Herstellung von Querungsbauwerken für Kraftfahrzeuge sowie für fuß- und radläufige Verbindungen Rechnung getragen.</p> <p>Wegeverbindungen werden nach Möglichkeit wieder hergestellt bzw. es werden neue Wegeverbindungen geschaffen. Ein Ersatz aller Wege ist nicht möglich. Die Erschließung und Anbindung aller abgeschnittenen und zu bewirtschaftenden Flächen wird gewährleistet. Dieses kann über Wegeverbindungen auf eigenen Flächen bzw. über Flächen Dritter geschehen.</p> <p>Für Flächenzerschneidungen, Grunderwerb und vorübergehende Flächeninanspruchnahmen wurden in der Planfeststellungsunterlagen entsprechende Maßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Die Betroffenheiten werden im Einzelfall geprüft. Unter bestimmten Voraussetzungen werden Entschädigungen z. B. für Betriebserschwernisse oder Ertragseinbußen gezahlt. Ggf. werden für den Eigentümer unwirtschaftliche Restflächen durch den Vorhabenträger übernommen. Entschädigungsfragen werden jedoch außerhalb des Planfeststellungsverfahrens in einem separaten bzw. sich anschließenden Entschädigungsverfahren geregelt.</p> <p>Der Vorhabenträger bemüht sich, für landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe Ersatzflächen zu beschaffen und zur Verfügung zu stellen. Eine verbindliche Zusage hierzu kann jedoch nicht gegeben werden. Berechtigte Entschädigungsansprüche werden im Rahmen eines der Planfeststellung nachgeordneten Verfahrens geregelt.</p> <p>Darüber hinaus wurden von der Vorhabenträgerin zwei Flurbereinigungsverfahren angeregt, die mittlerweile von der zuständigen Flurbereinigungsbehörde eingeleitet wurden. Diese werden wesentlich dazu beitragen die nachteiligen Auswirkungen aufzufangen und in geeigneter Weise für die Landwirtschaft zu kompensieren. [797]</p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	3. Wirtschaftswege Gesicherte Erschließung <p>Die mit der Trassenführung verbundenen Durchschneidungsschäden betreffen neben der Beeinträchtigung der Schlagstrukturen sowie der Be- und Entwässerungseinrichtungen auch das landwirtschaftliche Wegenetz. Die verkehrliche Erreichbarkeit aller Flächen und landwirtschaftlichen Einrichtungen</p>	<p>Das durch die geplante A 39 zum Teil unterbrochene Bestandswegenetz wird durch neu geplante Ersatzwege wieder hergestellt. Damit wird sichergestellt, dass die Erreichbarkeit der Grundstücke und landwirtschaftlichen Flächen auch nach dem Bau der A 39 gewährleistet ist. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass hierbei längere Wegstrecken entstehen. Sofern sich hierdurch Erschwerisse bei der Bewirtschaftung</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	<p>muss nach Fertigstellung der Baumaßnahme gesichert sein. Grundsätzlich gilt dies auch für die Dauer der Bauausführung, da anstehende Pflege- und Erntearbeiten in Abhängigkeit von Witterung und Vegetationsentwicklung zeitgerecht durchzuführen sind. Es sind daher entsprechende Planungen unter Einbeziehung der vor Ort betroffenen Bewirtschafter vorzunehmen.</p> <p><u>[760]</u></p>	<p>ergeben sollten, werden diese im Einzelfall geprüft. Unter bestimmten Voraussetzungen werden hierfür Entschädigungen gezahlt. Diese Entschädigungsfragen werden jedoch außerhalb des Planfeststellungsverfahrens in einem separaten, der Planfeststellung nachgeordneten Entschädigungsverfahren geregelt.</p> <p>In den ausgelegten Unterlagen sind alle, durch den Bau der A 39 bedingten Maßnahmen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wiederherstellung bzw. Aufrechterhaltung des Wirtschaftswegenetz stehen, dargestellt und beschrieben. Insofern sind aus der Sicht der Vorhabenträgerin keine Defizite erkennbar.</p> <p>Die als Unterlage 21.2. beigefügten Unterlagen haben deshalb einen informativen Charakter, weil in ihnen zusätzliche Maßnahmen dargestellt sind, die nicht in der Zuständigkeit der Vorhabenträgerin liegen und nur mittelbar mit dem Vorhaben im Zusammenhang stehen. Sie sind das Ergebnis verschiedener Abstimmungen mit Trägern Öffentlicher Belange sowie regionalen Gebietskörperschaften und Verbänden, in Hinblick auf die Neustrukturierung von landwirtschaftlichen Flächen sowie Verrechnungsflächen und dem zugehörigen Wegenetz über den eigentlichen Planungsraum hinaus. Diese Belange sollen in einem eigenständigen Flubereinigungsverfahren geregelt werden. Die Durchführung eines solchen Flubereinigungsverfahrens nach § 87 FlurbG ist zunächst nicht Aufgabe des Vorhabenträgers. Zur Verteilung des entstehenden Landverlustes auf eine größere Anzahl von Eigentümern sowie zur Vermeidung von möglichen Nachteilen für die Landeskultur sind zwei begleitende Unternehmensflubereinigungsverfahren eingeleitet.</p> <p>Bau- und/oder Entschädigungskosten sind nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens.</p> <p><u>[792]</u></p>
<p>00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u></p>	<p>Bedarfsgerechter Ausbaustandard</p> <p>Im Zuge der notwendigen Wiederherstellung landwirtschaftlicher Verkehrsbeziehungen ist ferner zu berücksichtigen, dass größere landwirtschaftliche Fahrzeuge z. B. Mähdrescher, Kartoffelvollernter, Rübenroder, Schlepper mit Anhängern usw. Achslasten in einer Größenordnung von bis zu 11,5 t und zulässige Gesamtgewichte bei Fahrzeugkombinationen mit mehr als vier Achsen von bis zu 44 t erreichen können, was bei der Ausgestaltung entsprechend zu berücksichtigen ist. Aus den Antragsunterlagen konnte nicht entnommen werden, welche Tragfähigkeiten die Brückenbauwerke aufweisen. Es ist zu gewährleisten, dass die in den Planunterlagen enthaltenen Bauausführungen den zu erwartenden Achslasten und Fahrzeugbreiten entsprechen. Soweit Wegen auf Grund der veränderten Schlagstrukturen eine stärkere Erschließungsfunktion zukommen wird, ist diesem Sachverhalt in der Planung durch einen entsprechend verbesserten Ausbaustandard Rechnung zu tragen. Konkrete Hinweise hierzu sind u.W. seitens des Amtes für Landentwicklung in das Verfahren eingebracht worden.</p> <p>Gliederzüge, z.B. Schlepper mit zwei landwirtschaftlichen Anhängern, können Gesamtlängen von 18,75 m bzw. inkl. überstehender Ladung von 20,75 m aufweisen, Langholztransporte von bis zu 25 m erreichen. Dieses muss bei der Anlage eines Kreisverkehrs (B 248 auf L 289) entsprechend berücksichtigt werden.</p>	<p>Die technisch-konstruktive Gestaltung der geplanten Wirtschaftswege einschließlich deren Über- bzw. Unterführungen erfolgte auf der Grundlage der gültigen technischen "Richtlinien für den ländlichen Wegebau - RLW" (Arbeitsblatt DW-A 904-1, Ausgabe 2016).</p> <p>Gemäß ihrer Funktion im ländlichen Wegenetz werden diese nach RLW 2016 unterschiedlich eingestuft und haben daher zum Teil unterschiedliche Gesamtbreiten. Beim hier in Rede stehenden Planfeststellungsabschnitt wurden die Wege in Wirtschaftswege mit einer Fahrbahnbreite von 3,00 m und Hauptwirtschaftsweg mit einer Fahrbahnbreite von 3,50 m eingeteilt und schaffen die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Einsatz der neuen Landtechnik. Die Breiten erlauben bei einer Kronenbreite von 4,5 m bzw. 5,50 m ein Begegnen und Überholen, gegebenenfalls mit verminderter Geschwindigkeit, da die Bankettbereiche standfest ausgebaut werden. Darüber hinaus werden - je nach Erfordernis - zusätzliche Ausweichstellen vorgesehen, so dass auch der Begegnungsfall von landwirtschaftlichen Fahrzeugen mit "überbreiten" Abmessungen gesichert ist. In den Kurvenbereichen erfolgen entsprechende Randverbreiterungen.</p> <p>Auf den Bauwerksbereichen haben die Wirtschaftswege eine Fahrbahnbreite von 4,50 und eine Breite zwischen den Geländern von 5,50 m (vgl. Bild 38</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	<p>Des Weiteren ist bei der Ausgestaltung der Randbereiche darauf zu achten, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit und unter Berücksichtigung von gelegentlich seitwärts geringfügig überragenden Maschinen bzw. Geräteteilen der bewegliche Randbereich von 0,25 - 0,50 m Breite sowohl bei der Mittelinsel als auch am Straßenrand von Verkehrshinweisschildern, Anpflanzungen und anderen festen Hindernissen freigehalten werden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass sich die Richtlinie zum ländlichen Wegebau in der Überarbeitung befindet und hier künftig ggf. größere Wegebreiten empfohlen werden. Gemäß der Straßenverkehrszulassungsordnung sind bei landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Geräten Gesamtbreiten von bis zu 3 m möglich und darüber hinaus mit vereinfachten Ausnahmegenehmigungen bis 3,50 m. Ein Ausbau in 3 m bei Wirtschaftswegen hätte zur Folge, dass entsprechend breite Fahrzeuge auf den Außenkanten der bituminösen Befestigung fahren würden und Kantenabbrüche vorprogrammiert wären. Dementsprechend sollten hier bei Hauptwirtschaftswegen Fahrbahnbreiten von mindestens 3, 50 m, besser 4 m, umgesetzt werden.</p> <p><u>[761]</u></p>	<p>der RLW). Damit sind die Anforderungen der gültigen Richtlinien bzw. Vorschriften erfüllt, so dass den Belangen der Landwirtschaft umfassend Rechnung getragen wird.</p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	<p>Wiederherstellung Feldzufahrten</p> <p>Den Planunterlagen sind Angaben zu entnehmen bzgl. vorhandener bzw. zu ändernder Feldzufahrten an Wirtschaftswegen oder im Bereich des nachgeordneten Straßennetzes (z.B. lfd. Nr. 1b 19 RV). Grundsätzlich gilt hier, dass die landwirtschaftlichen Flurstücke erschlossen werden müssen. Somit sind die vorhandenen Zufahrten bei Abbruch bzw. notwendiger Verlegung zu Lasten des Straßenbauträgers wieder herzustellen. Abstimmungen über die Lage usw. sind mit den örtlichen Feldmarkinteressentschaften, den Bewirtschaftern bzw. Flächeneigentümern einvernehmlich zu regeln. Soweit möglich können Anpassungen der Zufahrten an veränderte Anforderungen sowohl zu einer Kostenersparnis als auch zu höherer Funktionalität beitragen. Dies wäre beispielsweise bei Ersatz mehrerer kleiner Zufahrten durch eine einzelne breite Zufahrt vorstellbar.</p> <p><u>[762]</u></p>	<p>Durch den geplanten Neubau von Ersatzwegen ist die Erreichbarkeit von Grundstücken und Gebäuden einschließlich deren Nebenanlagen auch zukünftig sichergestellt.</p> <p><u>[686]</u></p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	<p>Beweissicherung Wirtschaftswege</p> <p>Es ist darüber hinaus beabsichtigt, bestehende Wirtschaftswege gegebenenfalls als Baustraße zu nutzen oder als dauerhafte Zuwegungen zu den Regenrückhaltebecken (lfd. Nr. 1.14 RV) auszuweisen. Weiterhin ist ausgeführt, dass falls im Zuge der Bauausführung die Notwendigkeit einer Befestigung der Wege besteht bzw. diese beschädigt werden, dann nach dem Ende der Baumaßnahme deren ursprünglichen Zustand wieder herzustellen.</p> <p>Das landwirtschaftliche Wirtschaftswegenetz weist unterschiedliche Ausbaustandards auf und ist nur bedingt für eine Nutzung durch schwere Baufahrzeuge oder Anlieferverkehr geeignet. Es sind daher Schäden an den Wirtschaftswegen zu erwarten. Es sind hier Vereinbarungen mit den Wegeeigentümern über eine Beweissicherung, ein Nutzungsentgelt und eine Wiederherstellung der Wirtschaftswege zu treffen.</p> <p><u>[763]</u></p>	<p>Der Gebrauch von öffentlichen Straßen und Wegen ist jedermann im Rahmen der Widmung und der verkehrsbehördlichen Vorschriften zum Verkehr gestattet. Dieses gilt auch für Fahrzeuge von Baufirmen, die für den öffentlichen Verkehr zugelassen sind. Auf Kostenerstattung hat der jeweilige Baulastträger keinen Anspruch. Die Erarbeitung eines endgültigen Verkehrskonzepts zur Belieferung der Baustelle ist frühestens nach Vergabe der Bauleistung möglich. Die vom Vorhabenträger bisher als Baustraßen vorgesehenen Wirtschafts- und Forstwege sind in der Unterlage 5, Lagepläne dargestellt. Für die Nutzung von Baustellenverkehr auf diesen privaten Wegen, wie z. B. Wirtschafts- und Forstwege wird die Straßenbauverwaltung entsprechende Nutzungsvereinbarungen mit den Eigentümern abschließen und vor der Nutzung eine gemeinsame Zustandserfassung durchführen. Schäden, die nachweislich durch die Baumaßnahme an diesen Wegen verursacht werden, sind dem Vorhabenträger unverzüglich zu melden und werden zu Lasten der</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
		Maßnahme beseitigt. Für Schäden an privaten Wegen, für die keine Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen werden und die widerrechtlich genutzt werden, können auch keine Schadenersatzzahlungen oder Beseitigungsmaßnahmen o.ä. vom Vorhabenträger geleistet werden. <u>[1050]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	4. Rekultivierungen und Arbeitsstreifen Fachgerechter Wegerückbau Bestehende Wirtschaftswege, die durch die Trasse der A 39 und/oder der verlegten Landes- und Kreisstraßen überbaut werden, können auch teilweise zurückgebaut werden. Im Bereich der Überbauung werden sie dann ersatzlos aufgehoben und vollständig zurückgebaut (Bsp. A 39 1+175, 3+665 Bau-km). Hierbei bitten wir für alle aufgehobenen Wegeabschnitte folgendes zu berücksichtigen: - vollständige Entsiegelung des Bodens - Abfangen der von einem Rückbau angeschnittenen Dränagen - Wiederherstellung von Beregnungsleitungen <u>[764]</u>	Dieser Hinweis wird beachtet. <u>[258]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	- Durchführung geeigneter Rekultivierungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit mit dem Ziel der ackerbaulichen Nutzung. Die Rekultivierungsarbeiten sollten von einem erfahrenen Landbauunternehmen unter Beachtung der landbaulichen Erfordernisse durchgeführt werden. <u>[765]</u>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. <u>[822]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	- Rücknahme der Wegebegleitflora (Seitengehölze) des rekultivierten Wirtschaftsweges zur Verbesserung der agrarstrukturellen Gegebenheiten. <u>[2075]</u>	Die entsprechende Maßnahme 6.10 A (U 9.4, S. 152-153, Deckblatt-Maßnahmenblatt) steht im direkten Zusammenhang mit dem Neubau der A 39 und betrifft vorhandene befestigte Flächen (Straßen, Wege, Gebäude, sonstige Anlagen), die im Zuge des BAB-Neubaus aufgrund einer Nutzungsaufgabe zurückgebaut werden. Dies betrifft vor allem Verkehrsflächen (entfallende Wirtschaftswege, Umlegung von Straßen und dadurch entfallende alte Straßen- und Wegeabschnitte). Das Integrieren der rückzubauenden Wege in die landwirtschaftliche Nutzung ist im Maßnahmenblatt 6.10 A unter „Beschreibung der Maßnahme“ bereits als Option enthalten. Die Beseitigung der Seitengehölze entlang rekultivierter Wege würde einen weiteren Eingriff in den Naturhaushalt darstellen. Sofern i. R. der nachgeordneten Flurneuordnung (von der Plangenehmigung zum Neubau der A 39/7 unabhängiges Verfahren) neue Bewirtschaftungsblöcke etc. geschaffen werden und in diesem Rahmen durch Änderungen des WW-Netzes Rodung von Hecken, Gehölzen etc. erforderlich werden, sind solche Eingriffe einschl. entsprechender Maßnahmen dort zu bilanzieren (vgl. auch U 21.2). Die Vorgehensweise ist mit der zuständigen Flurbereinigungsbehörde (ArL) abgestimmt. <u>[231]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle	Beweissicherung Arbeitsstreifen Gemäß Regelungsverzeichnis (RV) ist beabsichtigt, für den gesamten	Entschädigungsfrage – in der Planfeststellung nicht zu behandeln

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>Streckenablauf (Ild. Nr. 0.05) neben den Bauanlagen vorübergehend einen Geländestreifen bis zu 12 m Breite für Boden- und Materialablagerungen in Anspruch zu nehmen, wenn es der Träger der Straßenbaulast für geboten erachtet und mit dem jeweiligen Eigentümer eine vertragliche Regelung getroffen wurde. Diese Arbeitsstreifen/technologischen Streifen werden für die Baudurchführung ausgewiesen, wobei nach Beendigung der Straßenbauarbeiten dann eine Rekultivierung durch die Bundesstraßenverwaltung erfolgen soll. Wir weisen darauf hin, dass bereits im Vorfeld der Inanspruchnahme in den Vereinbarungen mit den Flächeneigentümern eine Bestandsaufnahme und Beweissicherung, die anschließende Wiederherstellung der Flächen und die Zahlung eines Nutzungsentgeltes durch den Planungsträger zu regeln sind.</p> <p>[766]</p>	[66]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>Rekultivierung Arbeitsstreifen</p> <p>Im Detail sind des Weiteren aus landbaulicher Sicht im Zuge der Baumaßnahme und bei der anschließenden Rekultivierung nachfolgend genannte Punkte zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beim Anlegen einer Baustraße in Arbeitsstreifen sollte auf nicht tragfähigen Böden auf dem vom Mutterboden befreiten Unterboden auf einem Geotextil eine ca. 0,4-0,6 m mächtige Tragschicht aus Sand aufgebracht werden, welcher vor der Rekultivierung wieder zu entfernen ist. 2. Zur Abschätzung der Verdichtungsempfindlichkeit der Böden wären bereits bei der Planung Bodenkarten auszuwerten bzw. bei fehlenden Informationen wären ergänzende Kartierungen durchzuführen. 3. Durch Bauaktivitäten entstandene Bodenverdichtungen sind nach Abschluss der Bauarbeiten fachgerecht zu beseitigen. 4. Der durch die Baumaßnahme anfallende Boden ist getrennt der Schichtung nach zu entnehmen und zu lagern und so auch wieder einzubringen (Mutterbodenschutz). 5. Es sind je nach Bodentyp geeignete Rekultivierungsmaßnahmen durchzuführen, welche die Bodenfruchtbarkeit im Bereich des Arbeitsstreifens bzw. der Baustraße wieder herstellen. Die Rekultivierungsarbeiten sollten von einem erfahrenen Landbauunternehmen unter Beachtung der landbaulichen Erfordernisse durchgeführt werden. <p>Bei landbautechnischen Fragen sowie der Planung und Betreuung der fachgerechten Rekultivierung kann die Landwirtschaftskammer Niedersachsen im Bedarfsfall unterstützend tätig werden.</p> <p>[767]</p>	<p>zu 1: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 2: Für das Bauvorhaben liegt ein engmaschiges Streckengutachten vor.</p> <p>zu 3: Die Beseitigung etwaiger ungewollter Bodenverdichtungen wird zugesagt.</p> <p>zu 4: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 5: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>[1051]</p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>5. Beregnungsleitungen (Klar- und vorbehandeltes Abwasser)</p> <p>Wie im Regelungsverzeichnis aufgeführt (bspw. Ild. Nr. 1a.100, 1c.101, 2.100), werden die Beregnungsleitungen der Beregnungsverbände von der A 39 und/oder der verlegten B 248 und L 289 überbaut. Es ist vorgesehen, dass zur Durchführung der Baumaßnahme die Leitungen gesichert und im Einvernehmen mit dem Träger der Straßenbaulast im notwendigen Maß geändert werden. Mögliche Änderungen und Erweiterungen am Netz der Beregnungsleitungen sollen dann im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens erfolgen. Das gleiche gilt für die Beregnungsleitungen des "Abwasserverbandes Wolfsburg", die durch den Trassenbau (u.a. A 39, K 105)</p>	<p>Die dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>[884]</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	ebenfalls überbaut werden. Die Neuordnung des vorhandenen Abwasserverregnungsnetzes und die Ausweisung von Ersatzflächen für die Abwasserverregnungsgebiete (bspw. Jembke) sollen dann in einem Unternehmensflurbereinigungsverfahren geregelt (bsw. lfd.Nr. 8.100 RV) werden. <u>[768]</u>	
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Aufrechterhaltung des Beregnungsbetriebes Um landwirtschaftliche Ertrags- und somit Erwerbsverluste zu vermeiden, ist die weitest gehende Aufrechterhaltung der Feldberegnung und der Abwasserverregnung während der Bauphase zu gewährleisten. Zudem besitzt der Abwasserverband Wolfsburg einen Entsorgungsauftrag und die Feldberegner Lieferverpflichtungen, denen sie nachkommen müssen. In den Fällen, in denen die Sicherstellung aus genannten Gründen nicht möglich ist, sind die Ausfälle der Beregnungen durch den Vorhabensträger auszugleichen. Von einem Ausgleich betroffen sind dann i.d.R. auch Umwege, die während der Bauphase für Teilstücke auftreten, die noch unter Bewirtschaftung stehen. <u>[769]</u>	Der durch den geplanten Bau der A 39 teilweise entstehende Eingriff in vorhandene Be- bzw. Verregnungssysteme ist der Vorhabenträgerin bekannt. Grundsätzlich werden durch den Bau der Autobahn in Anspruch genommene, unterbrochene oder in ihrer Wirkung beeinträchtigte Drainagen und Beregnungsanlagen im notwendigen Umfang gesichert, angepasst oder funktionsfähig wieder hergestellt, so dass mit Beginn der Bauzeit und mit Inbetriebnahme der Autobahn funktionsfähige Anlagen zur Verfügung stehen. Sollten die Anlagen in erheblichen Umfang angepasst werden müssen, kann ein Vorteilsausgleich zu berücksichtigen sein, der im Einzelfall zu prüfen ist. Der genaue Umfang der einzelnen Maßnahmen wird rechtzeitig vor Baubeginn mit den betroffenen Verbänden sowie den Flurstückseigentümern abgestimmt. Die Ausplanung im Detail ist der Ausführungsplanung vorbehalten. Sollten sich hierbei im Rahmen eines begleitenden Flurbereinigungsverfahrens (sofern die Flächen in einem Verfahrensgebiet liegen) bessere Möglichkeiten zur Wiederherstellung und Anpassung der Drainage- und Beregnungssysteme abzeichnen, so sind diese zu berücksichtigen und mit einzuarbeiten. Eventuell entstehende Entschädigungen aufgrund von erforderlichen Mehraufwendungen bei der Feldberegnung beim Betrieb der Autobahn sind nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens. Über die Erstattung der Mehraufwendungen ist dem Grunde und der Höhe nach in einem Entschädigungsfeststellungsverfahren zu entscheiden, wenn hierüber zwischen dem Unternehmensträger und dem Einwendungsführer keine Einigung erzielt wird. Eine zeitlich befristete bzw. baubedingte Unterbrechung der Feldberegnung kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend ausgeschlossen werden. Hintergrund hierfür sind ggf. bautechnische bzw. bautechnologische Sachzwänge, die systemimmanent sind (z.B. Umschlussarbeiten). Die notwendigen Abstimmungen erfolgen im Rahmen der Bauvorbereitung bzw. der Ausführungsplanung und damit rechtzeitig vor Baubeginn. Entschädigungen für einen höheren Personal- und Maschineneinsatz sowie ggf. für neue Maschinen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage, die jeweils im Einzelfall geprüft werden. Sofern gesetzlich begründete Entschädigungsansprüche bestehen, werden diese außerhalb des Planfeststellungsverfahrens in einem eigenständigen bzw. nachlaufenden Verfahren geregelt <u>[1052]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Wiederherstellung des Beregnungssystems Zur Erfassung des Ausgleichs ist es Voraussetzung, dass vor Baubeginn Pläne zu den bestehenden Feldberegnungssystemen aufgestellt und hinzugezogen werden.	zu 1.:

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	<p>Es muss gewährleistet sein, dass die Leistungskapazität und der Flächenumfang des Beregnungsnetzes nach Fertigstellung der Baumaßnahmen mindestens den derzeitigen Zustand erreichen. Eingriffe in die Beregnungsflächen und in die technischen Einrichtungen können nur nach Einbeziehung der Beregnungsverbände und des Abwasserverbandes Wolfsburg vorgenommen werden.</p> <p>Zur Sicherstellung der Beregnung bitten wir daher folgendes zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Wiederherstellung des gesamten Brunnensystems in mindestens gleichem Leistungsumfang wie vor Baubeginn. Von dem gesamten Brunnensystem sind die Brunnen, das Leitungssystem und die der Beregnung dienenden Bauwerke wie Hydranten betroffen. 2. Vom Beginn der Bauarbeiten bis zur Übergabe des funktionsfähigen Beregnungssystems an den Beregnungs- bzw. Abwasserverband übernimmt der Vorhabensträger die Haftung für auftretende Schäden. 3. Die Erreichbarkeit der Bauwerke (über Zufahrtswege) muss sichergestellt sein. 4. Dem Abwasserverband Wolfsburg sind Ersatzflächen für die aufgrund des Straßenbaus verloren gehenden Flächen bereitzustellen und zu erschließen. 5. Die Bepflanzung im Rahmen von A- und E-Maßnahmen auf Leitungen der Feldberegnung und Abwasserverregnung sollte vermieden werden. 6. Der Vorhabenträger beabsichtigt, die Einleitung von Unternehmensflurbereinigungsverfahren (Gebiete: Jembke, Ehra-Lessien) zu beantragen, in deren Rahmen sich ggf. weitere zu berücksichtigende Anpassungen ergeben werden. <p><u>[770]</u></p>	<p>Grundsätzlich werden durch den Bau der Autobahn in Anspruch genommene, unterbrochene oder in ihrer Wirkung beeinträchtigte Drainagen und Beregnungsanlagen und auch Brunnen im notwendigen Umfang gesichert, angepasst oder funktionsfähig wieder hergestellt, so dass mit Beginn der Bauzeit und mit Inbetriebnahme der Autobahn funktionsfähige Anlagen zur Verfügung stehen. Sollten die Anlagen in erheblichen Umfang angepasst werden müssen, kann ein Vorteilsausgleich zu berücksichtigen sein, der im Einzelfall zu prüfen ist. Der genaue Umfang der einzelnen Maßnahmen wird rechtzeitig vor Baubeginn mit den betroffenen Verbänden sowie den Flurstückseigentümern abgestimmt. Die Ausplanung im Detail ist der Ausführungsplanung vorbehalten. Sollten sich hierbei im Rahmen eines begleitenden Flurbereinigungsverfahrens (sofern die Flächen in einem Verfahrensgebiet liegen) bessere Möglichkeiten zur Wiederherstellung und Anpassung der Drainage- und Beregnungssysteme abzeichnen, so sind diese zu berücksichtigen und mit einzuarbeiten. Eventuell entstehende Entschädigungen aufgrund von erforderlichen Mehraufwendungen bei der Feldberegnung beim Betrieb der Autobahn sind nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens. Über die Erstattung der Mehraufwendungen ist dem Grunde und der Höhe nach in einem Entschädigungsfeststellungsverfahren zu entscheiden, wenn hierüber zwischen dem Unternehmensträger und dem Einwendungsführer keine Einigung erzielt wird.</p> <p>zu 2.: Die Anpassung der Verregnungsleitungen erfolgt durch entsprechende Fachfirmen. Nach Abschluss der Bauarbeiten erfolgt eine Abnahme der Bauleistung im Beisein der Verregnungsverbände. Die neuen Verregnungsleitungen werden dann den Beregnungsverbänden übergeben. Für die erbrachte Bauleistung muss die Baufirma im Anschluss, eine entsprechend Bauvertrag vereinbarte Gewährleistung übernehmen. Schäden, die aus einer mangelhaften Bauausführung herrühren müssen innerhalb der Gewährleistungszeit beseitigt werden. Die Gewährleistungszeit beträgt in der Regel 3 oder 5 Jahre. Darüber hinaus gehende Gewährleistungsansprüche können vom Vorhabenträger nicht übernommen werden.</p> <p>zu 3.: Der Vorhabenträger hat zunächst die Verpflichtung, dass sämtliche vorhandenen Flurstücke nach dem Bau der A39 erschlossen sind. Durch die in den Planunterlagen dargestellten vorhandenen und geplanten Wirtschaftswege wird dies gewährleistet. Bauzeitliche Unterbrechungen können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für Flurstücke die durch die A39 Trasse angeschnitten werden.</p> <p>zu 4.: Für die Neuordnung des vorhandenen Abwasserverregnungsnetzes hat das Büro König die Planung erstellt. Die Umplanung wurde einvernehmlich mit dem Abwasserverband und der WEB erstellt. Die Ausweisung der bereits abgestimmten Ersatzflächen für die Abwasserverregnung ist nicht Bestandteil dieses Planfeststellungsverfahrens. Die Aufnahme der</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
		<p>Ersatzflächen in das Verbandsgebiet der Abwasserverregnung Jembke wird in einem separaten Verfahren bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde erfolgen.</p> <p>zu 5.: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 6.: Um die Schäden durch Inanspruchnahme von privaten Flächen in möglichst geringem Umfang zu halten und wertgleich auszugleichen, sind bereits die Flurbereinigungsverfahren Jembke und Ehra eingeleitet worden. Hierbei werden auch geeignete Flächen hinzugezogen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Ein anteiliger Landverlust, der für alle Teilnehmer tragbar ist, muss eventuell in Kauf genommen werden. Die Regelungen einer Unternehmensflurbereinigung sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens. <u>[1053]</u></p>
<p>00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u></p>	<p>6. Dränagen</p> <p>Dem Regelungsverzeichnis ist unter lfd. Nr. 0.04 zu entnehmen, dass durch den Bau der Autobahn im Trassenverlauf Teile der landeskulturtechnischen Anlagen zur Regulierung des Wasserhaushaltes (Dränagen, Gebietsentwässerungen) zerstört, unterbrochen oder in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden. Die Anlagen werden vor Beginn der Bauarbeiten für den Autobahnbau und den damit verbundenen Baumaßnahmen an sonstigen Straßen, Wegen und anderen Bauwerken im notwendigen Umfang umgebaut oder erneuert, so dass mit Beginn der Bauzeit und danach beim Betrieb der Autobahn funktionsfähige Anlagen zur Regulierung des Wasserhaushaltes zur Verfügung stehen. Der genaue Umfang der einzelnen Maßnahmen wird rechtzeitig vor Baubeginn mit den betroffenen Verbänden sowie den Flurstücksanliegern abgestimmt. Die Kosten trägt der Träger der Straßenbaulast, soweit nicht durch andere Regelungen es dem Anlieger obliegt, die notwendigen Änderungen auf eigene Kosten selbst durchzuführen.</p> <p>Im Regelungsverzeichnis wird unter lfd. Nr. 0.03 jedoch auch ausgeführt, dass rechtmäßig hergestellte Leitungen aller Art (Versorgungsleitungen, Kanalisation, Dränagen u. ä.), die aus den Plänen nicht ersichtlich oder im Regelungsverzeichnis nicht aufgeführt sind, von dem Leitungseigentümer im Benehmen mit dem Träger der Straßenbaulast im notwendigen Maß zu ändern sind. Die Kostentragung bestimmt sich nach den bestehenden Verträgen. Über die Maßnahme wird rechtzeitig vor Baubeginn der A 39 eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung) und dem jeweiligen Versorgungsunternehmen abgeschlossen.</p> <p>Auch in diesem Punkt sind die Dränagen genannt, allerdings ohne eindeutige Festsetzung der Kostenübernahme durch den Straßenbaulastträger. Letzteres ist jedoch zweifelsfrei im Planfeststellungsbeschluss zu verankern. Hier sollte zur Vermeidung von Irritationen eine Klarstellung erfolgen. <u>[771]</u></p>	<p>Grundsätzlich werden durch den Bau der Autobahn in Anspruch genommene, unterbrochene oder in ihrer Wirkung beeinträchtigte Drainagen und Beregnungsanlagen im notwendigen Umfang gesichert, angepasst oder funktionsfähig wieder hergestellt, so dass mit Beginn der Bauzeit und mit Inbetriebnahme der Autobahn funktionsfähige Anlagen zur Verfügung stehen. Sollten die Anlagen in erheblichen Umfang angepasst werden müssen, kann ein Vorteilsausgleich zu berücksichtigen sein, der im Einzelfall zu prüfen ist. Der genaue Umfang der einzelnen Maßnahmen wird rechtzeitig vor Baubeginn mit den betroffenen Verbänden sowie den Flurstückseigentümern abgestimmt. Die Ausplanung im Detail ist der Ausführungsplanung vorbehalten. Sollten sich hierbei im Rahmen eines begleitenden Flurbereinigungsverfahrens (sofern die Flächen in einem Verfahrensgebiet liegen) bessere Möglichkeiten zur Wiederherstellung und Anpassung der Drainage- und Beregnungssysteme abzeichnen, so sind diese zu berücksichtigen und mit einzuarbeiten. <u>[1054]</u></p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	7. Regenrückhaltebecken (RRB) und Gräben Dem Regelungsverzeichnis ist zu entnehmen, dass der Neubau von vier RRB (RRB1 inkl. Absatzbecken) und einem Absatzbecken geplant ist sowie die Anpassung eines bestehenden RRB (Ifd. Nr. 1.14, 14.22, 16.01, 17.09, 18.2 RV). [772]	Im Zuge der A39, 7. Abschnitt ist die Herstellung von vier Regenrückhaltebecken mit vorgeschalteten Absatzbecken vorgesehen. Zusätzlich wird das bereits vorhandene Regenrückhaltebecken südlich der B 188 erweitert. Einzelheiten sind der wassertechnischen Berechnung, Unterlage 18 zu entnehmen. [1055]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Ausgestaltung und Lage der RRB Für die Regenrückhaltebecken gilt, dass diese in ihrer Ausgestaltung und Ausbauf orm an die jeweilige Flächenlage möglichst anzupassen sind, um neben dem Flächenverbrauch möglichst auch ungünstige Bewirtschaftungsgrenzen zu vermeiden. Die erforderlichen Regenrückhalteräume müssen ausreichend dimensioniert sein, da auch für die Einleitung in die Vorflut die Zuflüsse beschränkt sind. Die Erforderlichkeit besteht sowohl im Interesse des Hochwasserschutzes als auch zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutzflächen vor Vernässung. Das RRB 1 befindet sich unmittelbar neben der A 39 auf der Ostseite, am Rampenfuß der Wirtschaftswegeüberführung entlang der Trasse der alten L 289. Es ist ein kombiniertes Regenrückhaltebecken mit vorgeschaltetem Absatzbecken. Aus agrarstruktureller Sicht ist es erforderlich, das RRB 1 (Ifd. Nr. 1.14 Rv) auf die westliche Seite der A 39 zu legen. Damit ließe sich ein besserer Flächenzuschnitt erzielen. Die Wendeanlage (Ifd. Nr. 1.13 RV) wäre dann an das RRB heran- zulegen und die Wegerekultivierung (Ifd. Nr. 1.07 RV) zu verlängern. [773]	<u>Technische Grundlagen:</u> Bei der Planung und Bemessung der Entwässerungsanlagen wurden die maßgeblichen Regelwerke zu Grunde gelegt, insbesondere die: - „Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Entwässerung“ (RAS-Ew 2005) - „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag 2016) - Arbeits- und Merkblätter der DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft). Das Entwässerungskonzept wurde einvernehmlich mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Gifhorn abgestimmt. <u>Verlegung RRB 1:</u> Das Regenrückhaltebecken (RRB) befindet sich am Tiefpunkt der A39 Gradienten und nimmt die anfallenden Wassermengen der A39 südlich und nördlich des RRB auf. Der Anschluss des RRB erfolgt an einen Vorflutgraben an der jetzigen L 289. Dieser Graben wiederum entwässert in Richtung Osten. Eine Verlegung des RRB auf die Westseite würde die entwässerungstechnischen Randbedingungen, z.B. zusätzlicher Durchlass unter der A39 wesentlich verschlechtern. Eine Verlegung wird daher abgelehnt. Hinsichtlich des zukünftigen Flächenzuschnitts sieht der Vorhabenträger beim jetzigen Standort keine nachteiligen Folgen für die Landwirtschaft. Weitere Einzelheiten sind der Unterlage 18 zu entnehmen. [887]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Sicherung der Vorflut Den Planungsunterlagen ist zu entnehmen, dass zur Ableitung des Oberflächenwassers der geplanten Straßen A 39/ L289/ B248/ L288/, K101, B188 und Wirtschaftswege am Fuß der Damm- bzw. Einschnittsböschungen Straßenseitengräben/-mulden angelegt werden, die den Abfluss über Regenrückhaltebecken an ausreichend leistungsfähige Vorfluter (Bullergraben Ifd. Nr. 1b.01 RV) bzw. Versickerungsbecken leiten. Sofern kein Autobahnwasser abgeleitet wird, werden die Wassermengen direkt einem Vorfluter zugeführt (Ifd. Nr. 1a.02, 1b.01, 1c.01, 1c.04, 5.02, 11.03, 12.04, 14.03, 17.18 RV). Da im Allgemeinen die Funktionsfähigkeit der Vorfluter erhalten bleiben muss, hat auch der Anschluss neu angelegter Gräben an vorhandene Vorfluter so zu erfolgen, dass diese in ihrer Nutzungsmöglichkeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Gräben nehmen die Dränagen der umliegenden Ackerflächen auf	Die dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen. Bei der Planung und Bemessung der Entwässerungsanlagen wurden die maßgeblichen Regelwerke zu Grunde gelegt, insbesondere die: - „Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Entwässerung“ (RAS-Ew 2005) - „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag 2016) - Arbeits- und Merkblätter der DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft). Der überwiegende Teil der geplanten Entwässerung ist auf die Versickerung des anfallenden Oberflächenwasser ausgelegt. Diese und die weiteren in der Planfeststellungsunterlage (siehe Unterlage

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	und haben somit entwässernde Funktion. Es muss ebenfalls geregelt sein, dass die Unterhaltung der neuen Vorfluter gesichert ist und den Flächenbewirtschaftern hieraus keine neuen Lasten entstehen. <u>[774]</u>	18) beschriebenen Maßnahmen dienen dazu, die Entwässerung der A39 umfassend sicher zu stellen und darüber hinaus das vorhandene Entwässerungssystem nicht zusätzlich zu belasten. Die Maßnahmen wurden einvernehmlich mit der Unteren Wasserbehörde abgestimmt, rechnerisch nachgewiesen und unterliegen der wasserbehördlichen Prüfung. <u>[1068]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	8. Tank- und Rastanlage Die aktualisierte Planung sieht im Raum Tappenbeck die Errichtung einer Tank- und Rastanlage (T+R-Anlage) an der nach Süden gerichteten Fahrbahn in Kombination mit einer PWC-Anlage an der nach Norden gerichteten Fahrbahn inklusive Überführung vor (Ifd. Nr. 14.07 RV). Das beinhaltet insgesamt eine Erhöhung der Stellplatzzahlen und der Frequentierung der Rastanlagen. In Bau-km 11+644 ist das Brückenbauwerk der T+R-Anlage vorgesehen, mit dem der östliche unbewirtschaftete Teil der Rastanlage an den westlichen bewirtschafteten Teil angeschlossen wird, wie im Lageplan Unterlage 5, Blatt 14 dargestellt. <u>[775]</u>	Die dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen. <u>[884]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Standortwahl Im Rahmen der Planaufstellung sind seitens der Landwirtschaft wiederholt Forderungen nach einer Verlagerung des Standortes der Tank- und Rastanlage aufgestellt worden. Aus agrarstruktureller Sicht wurde eine Verlagerung in Richtung Norden auf Höhe des VW-Testgeländes vorgeschlagen. Dem ist insbesondere unter Verweis auf artenschutzrechtliche Belange jedoch nicht entsprochen worden. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens sollte diese Option noch einmal geprüft werden. <u>[776]</u>	<u>Übergreifendes Rastanlagenkonzept (vgl. Unterlage 21.6):</u> Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat mit Datum vom 26.03.2013 dem Rastanlagenkonzept, das heißt einer einseitigen T+R Anlage am Standort Jembke zugestimmt. Hinsichtlich der bewirtschafteten Tank- und Rastanlagen wurde im Hinblick auf das prognostizierte Verkehrsaufkommen der A 39 seitens des BMVBS empfohlen, einseitige Anlagen mit gesonderten Überfahrten vorzusehen. Die Rastanlagen sind straßenrechtlich Bestandteil der Bundesautobahn (§ 1 Abs. 4, Ziffer 1, 5 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)). Die Nebenbetriebe auf bewirtschafteten Rastanlagen werden im § 15 Abs. 1 FStrG gesetzlich definiert als Betriebe auf den Bundesautobahnen, die den Belangen der Verkehrsteilnehmer dienen und eine unmittelbare Zufahrt zu den Bundesautobahnen haben. Für bewirtschaftete Rastanlagen an Bundesautobahnen gibt die ERS 2011 folgendes vor: „Bewirtschaftete Rastanlagen im Regelabstand sind grundsätzlich mit einer Tankstelle und mit einer Raststätte auszustatten.“ (ERS 2011, 3.2.1, Seite 11). Im Rahmen der Bearbeitung der Entwurfsplanungen in den einzelnen Planfeststellungsabschnitten der A 39 wurden die Standorte der Linienbestimmung auf Basis der Erkenntniszuwächse aus technischen und umweltfachlichen Belangen sowie im Ergebnis der Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange detailliert bewertet. Für die gesamte A 39 LG-WOB wurde zunächst ein idealisiertes Konzept bezüglich des Abstandsrasters ermittelt. Dabei wurden die Anforderungen an die Abstände der Rastanlagen gemäß der Empfehlungen für die Rastanlagen an Straßen (ERS) berücksichtigt. In diesem Konzept wurden auch die vorhandenen oder geplanten benachbarten Rastanlagen im Zuge der A 39, A 1 und A 7 im Norden sowie im Zuge der A 39 und A 2 im Süden berücksichtigt. Für den gesamten Trassenbereich von südöstlich Lüneburg bis Tappenbeck

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
		<p>wurde die Eignung des jeweiligen Trassenabschnittes für folgende Kriterien überprüft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstand zur nächstgelegenen Anschlussstelle - Abstand zur nächstgelegenen Rastanlage - Trassierung, Bauwerke - Bebauung, Bauleitplanung, Fremdleitungen - Ver- und Entsorgung - Baugrund / Grundwasser, Altlasten - Landwirtschaft (Flächenverfügbarkeit) - Umwelt - Vernetzung <p>Als Ergebnis des Variantenvergleiches unter Abwägung aller Vor- und Nachteile wurde letztendlich die Variante 5.3 als Vorzugsvariante ermittelt. Die Vorzugsvariante 5.3 beinhaltet eine einseitige Tank- und Rastanlage im Bereich Jembke wie sie in den Planunterlagen dargestellt ist. Einzelheiten des Konzeptes können der Unterlage 21.6 entnommen werden. Insgesamt werden auf der Anlage 175 LKW Standplätze vorgesehen, das heißt, 65 LKW Plätze weniger als auf der zweiten T+R Anlage bei Riestedt mit insgesamt 240 Stellplätzen.</p> <p><u>Alternative Standorte:</u></p> <p>Im Rahmen ergänzender Untersuchungen wurde die Möglichkeit eines alternativen Standortes zum Standort Jembke, im Bereich der bestehenden A 39, Beienroder Holz und Hohnstedter Holz südlich von Wolfsburg, unter Berücksichtigung der selben Kriterien wie im abschnittsübergreifenden Rastanlagenkonzept intensiv untersucht. Die alternativen Standorte stellen keine geeigneten Alternativen zum Standort Jembke dar, denen in der Abwägung aller Kriterien der Vorzug zu geben wäre, so dass die Vorzugsvariante, wie sie in den Planfeststellungsunterlagen dargestellt ist bestätigt wird. Einzelheiten sind hierzu der Unterlage 21.14 zu entnehmen.</p> <p>Im Bereich des Truppenübungsplatzes sind insbesondere die umweltfachlichen Auswirkungen eines Rastanlagenstandortes im Vergleich zum Standort bei Jembke deutlich ungünstiger zu bewerten. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden artenschutzrechtlichen Konflikte, sowie des Vermeidungsgebotes nach BNatSchG ist eine T+R-Anlage auf dem TÜP nicht umsetzbar. Stattdessen sind insbesondere unter Berücksichtigung von § 13 BNatSchG Flächen, wie der Standort Jembke mitgeringerer naturschutzfachlicher Wertigkeit zu bevorzugen. Lediglich die Anlage einer PWC-Anlage ist in weniger kritischen Bereichen möglich. Einzelheiten sind hierzu der Unterlage 21.15 zu entnehmen.</p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Landwirtschaftliche Nutzung Die bauliche Realisierung der Rastanlage wird offenbar gegenüber der Trasse erst mit zeitlichem Verzug erfolgen. Bis zu einer möglichen Inanspruchnahme sind nicht benötigte Flächen, für die der Vorhabenträger Grunderwerb getätigt hat, den bisherigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftern zur ortsüblichen Pacht anzubieten. Sollten die Flächen entgegen der Planung nicht für die T+R-Anlage in Anspruch genommen werden, sind diese weiterhin in landwirtschaftlicher Nutzung zu	Die Tank- und Rastanlage ist Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens der A39, 7. Abschnitt und soll hiermit planfestgestellt werden. Der Bedarf einer Tankstelle und einer Restauration wird sich voraussichtlich erst nach Fertigstellung des 6. oder 5. Abschnittes ergeben. Der Bedarf an Stellplätzen ergibt aber bereits mit dem 7. Abschnitt, so dass der Vorhabenträger nach heutigen Stand davon ausgeht, dass die Parkflächen

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	belassen. <u>[777]</u>	mit Toiletten zeitgleich mit A 39 gebaut werden und somit auch keine landwirtschaftlichen Flächen brach liegen werden. <u>[1029]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	9. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Hinsichtlich des erforderlichen Kompensationsbedarfs beträgt der rechnerische Gesamtumfang rund 900 ha. Der tatsächliche Bedarf unter Berücksichtigung der Multifunktionalität (Maßnahmen auf ein- und derselben Fläche können die Beeinträchtigungen mehrerer Naturgüter kompensieren) liegt unter Einbeziehung der Gestaltungsmaßnahmen ohne Ausgleichswirkung bei rund 380 ha. <u>[778]</u>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen; die tatsächlichen Zahlen können u.a. in der Unterlage 9.5 (Vergleichende Gegenüberstellung) nachgelesen werden. <u>[1057]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Flexibilität und Flächenbedarf Dies bedeutet erhebliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen. Die Kompensationsmaßnahmen überschreiten im Flächenumfang deutlich die eigentliche Baumaßnahme. Umso wichtiger ist es, dass die hier grundsätzlich größere Flexibilität hinsichtlich der Gestaltung, des Aufwertungspotenzials und der Verortung der Kompensationsmaßnahmen genutzt wird. Im Erläuterungsbericht wird auf die sogenannte Ampelkarte der Landwirtschaftskammer verwiesen. Diese ist jedoch nicht für den gesamten Streckenverlauf der A39 erstellt worden und umfasst nicht den jetzt maßgeblichen Teilabschnitt 7. Wir bitten des Weiteren zu prüfen, inwiefern weitere Möglichkeiten der Flächenentsiegelung genutzt werden können. Soweit dies einer flexibleren Handhabung der Kompensation dienlich ist, sollte zudem die Möglichkeit der Ersatzgeldzahlungen gemäß Bundesnaturschutzgesetz geprüft werden. Letztlich werden aus agrarstruktureller Sicht Maßnahmen befürwortet, die beispielsweise durch eine Aufwertung bereits vorhandener Biotope, Ausgleichsflächen oder Forstflächen (Umbau von Nadelwald zu Mischwald oder Laubwald im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft) bzw. die produktintegrierte Kompensation zu einer verringerten Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen beitragen. <u>[779]</u>	Die Ampelkarte wurde bei der „großräumigen“ Suche für mögliche „nicht-trassennahe“ Kompensationsflächen einbezogen. Für die eingriffsnähe Maßnahmenplanung im PA 7 lag ein entsprechendes Dokument – wie angemerkt – nicht vor. Gleichwohl wurden auch hier zunächst Flächen der öffentlichen Hand berücksichtigt, sofern vorhanden und geeignet. Die entsprechende Textpassage im E-Bericht war diesbezüglich unvollständig und wurde im Zuge des Deckblattverfahrens so überarbeitet, dass der Sachverhalt eindeutig beschrieben ist. Die Bitte wird zur Kenntnis genommen. Die Maßnahme 6.10 A „Rückbau / Entsiegelung von Verkehrs- und Wirtschaftswegen“ bezieht sich nur auf vorhandene befestigte Flächen (Straßen, Wege, Gebäude, sonstige Anlagen), die im Zuge der Baumaßnahme aufgrund einer Nutzungsaufgabe auf verbleibenden Restflächen zurückgebaut werden. Dies betrifft vor allem Verkehrsflächen (entfallende Wirtschaftswege, Umlegung von Straßen und dadurch entfallende Teile von alten Trassenabschnitten, z.B. an der B 248, L 289). Darüber hinaus werden wegen der Baumaßnahme A 39/7 keine Straßen und/oder WW entsiegelt bzw. rekultiviert. Ersatzgeldzahlungen sind nach § 15 Abs. 6 generell nur festzusetzen, "wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind". Bei der Planung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen wurde umfänglich geprüft, inwieweit zunächst Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden oder Flächen der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen. Ebenso wurde die Nutzung von vorhandenen „Flächenpools“ geprüft und es wurden „PIK-Maßnahmen“ (hier Feldlerchenfenster) umgesetzt. <u>[232]</u>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Inanspruchnahme öffentlicher Flächen Notwendig ist dies im Übrigen auch, um den Landabzug im geplanten Unternehmensflurbereinigungsverfahren auf ein vertretbares Maß zu begrenzen (vgl. Ausführungen zum Themenbereich Flurbereinigung). Hierzu ist auch eine bevorzugte Umsetzung der Maßnahmen auf Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand anzustreben. Die Einbeziehung von Flächen des Truppenübungsplatzes ist insofern grundsätzlich zu begrüßen. Der	Um die Schäden durch Inanspruchnahme von privaten Flächen in möglichst geringem Umfang zu halten und wertgleich auszugleichen, sind bereits Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden. Die Regelungen der Unternehmensflurbereinigung sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Entsprechend § 15 Abs. 3 BNatSchG ist bei der Inanspruchnahme von land-

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	<p>Erläuterungsbericht verweist auf entsprechen- de Bemühungen zur Erfassung und Bewertung öffentlicher Flächen, wobei nicht deutlich wird in welchem Umfang das Potential ausgeschöpft worden ist.</p> <p>[780]</p>	<p>oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht genommen worden. Es wurde vorrangig geprüft, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entseelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden.</p> <p>Außerdem wurden bei der Suche geeigneter Maßnahmenräume die Flächen der öffentlichen Hand bevorzugt untersucht (Bund, Länder, Kommunen oder andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts). Hierzu ist eine Zusammenstellung durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) beim Katasteramt für die Landkreise Lüneburg, Uelzen und Gifhorn erfolgt. Die Flächen wurden ausgewertet und auf fachliche Eignung überprüft. Insbesondere wurde die Möglichkeit von Maßnahmen auf dem Truppenübungsplatz Wesendorf geprüft und auch umgesetzt (siehe auch Unterlage 1.1, Erläuterungsbericht, Seite 175 ff, und Unterlage 19.1, Erläuterungsbericht LBP, Seite 202 ff, - Deckblattunterlagen-)</p> <p>Eventuell entstehende Entschädigungen sind nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens und werden nach der Planfeststellung in einer noch abzuschließenden Vereinbarung bzw. einem Vertrag zu regeln sein.</p> <p>[1058]</p>
<p>00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]</p>	<p>Ausgestaltung der Kompensation</p> <p>Bei der Planung der Pflanzmaßnahmen muss sichergestellt werden, dass diese nicht zu Beeinträchtigungen der Drainagestränge und damit letztlich zu einer Vernässung landwirtschaftlicher Flächen führen. Eine Kartierung der dränierten Flächen liegt uns nicht vor, so dass Hinweise aus der örtlichen Landwirtschaft einzuholen und zu berücksichtigen sind. Bisher trägt die Planung unseres Wissens diesem Belang nicht ausreichend Rechnung und wir gehen davon aus, dass entsprechende Hinweise hierzu aus der örtlichen Landwirtschaft Berücksichtigung finden. Darüber hinaus ist bei Pflanzungen zu beachten, dass diese nicht die Überlademöglichkeiten für Erntegüter einschränken. Eine Verladung von z.B. Rüben auf Anhänger in der Wegeparzelle muss weiterhin möglich bleiben. Auch hierzu ist eine Abstimmung mit der örtlichen Landwirtschaft vorzunehmen.</p> <p>[781]</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Drainagesysteme angrenzender Flächen sind generell in Funktion zu halten. Genaue Erfassungen der bestehenden Systeme und ein Ermitteln von Eingriffen (bspw. Rückbau auf Maßnahmenflächen) ist Teil der späteren Ausführungsplanung.</p> <p>Die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange wie Überlademöglichkeiten wird im Zuge der konkreten Ausführungsplanungen mit der örtlichen Landwirtschaft abgestimmt.</p> <p>[233]</p>
<p>00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]</p>	<p>Dem Erläuterungsbericht zum landschaftspflegerischen Begleitplan ist zu entnehmen, dass aufgrund der Betriebssicherheit entsprechende Abstände zur Autobahn einzuhalten sind - wir weisen darauf hin, dass an die Böschungsbereiche der Autobahn vorwiegend landwirtschaftliche Nutzflächen angrenzen und vor dem Hintergrund der Konkurrenzsituation um Licht, Nährstoffe sowie die Bewirtschaftbarkeit der Flächen bei der Pflanzung je nach Maßnahme hier ebenfalls ein ausreichender Mindestabstand einzuhalten ist.</p> <p>[2077]</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei der Ausführungsplanung soweit möglich entsprechend berücksichtigt.</p> <p>[234]</p>
<p>00000019 - Landwirtschaftskammer</p>	<p>Des Weiteren weisen wir in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer regelmäßigen Unterhaltung der Pflanzungen hin. Weiterhin ist aus phytosanitärer</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bei der Auswahl des</p>

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Sicht das Anpflanzen bestimmter Baum- und Straucharten zu landwirtschaftlichen Nutzflächen kritisch zu sehen. [2078]	Pflanzmaterials wird nur herkunftsgesichertes und standortgerechtes Pflanzgut verwendet. Eine Überprüfung der Pflanzenauswahl in unmittelbarer Nähe zu landwirtschaftlichen Flächen unter phytosanitärer Sicht wird zugesagt. [235]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Die Entwicklung von extensivem Grünland ist bei den Maßnahmen A 1.8, A 10.1, A 13. und, A 14.1 beabsichtigt - hier sollen die Flächen einer extensiven Bewirtschaftung zugeführt werden. Der Umfang beläuft sich auf rund 22 ha. Gemäß dem Grunderwerbsverzeichnis handelt es sich bei den Flächen gemäß der Nutzungsart um Acker- und Grünlandflächen. Wir weisen bzgl. der Nutzungsart darauf hin, dass bei Kartierungen häufig sog. "aus der Produktion genommene Fläche" oder "Stillegung" als Grünland angesprochen wird, obwohl es sich hier um Ackerflächen handelt. Es ist in dieser Frage ein Abgleich mit den Bewirtschaftern zu führen, da sich aus der Einstufung Auswirkungen auf die Eingriffsbilanzierung ergeben können. [2079]	Vermutlich sind die Maßnahmen 8.1 A, 10.1 A, 13.1 A und 14.1 A gemeint. Im Zuge der Biototypkartierung wurden die entsprechenden Flächen erfasst. Die Kategorisierung von Grünland vs. Stillegungsflächen ist anhand von Kennarten und Strukturmerkmalen weitgehend sichergestellt. Das „Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen“ ist bekannt und wurde berücksichtigt. [236]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	10. Betroffenheitsanalyse Die Planung greift erheblich in die Struktur zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe ein. Mithilfe der durchgeführten Betroffenheitsanalyse wurden die Auswirkungen des Autobahnbaus einschließlich der Kompensationsmaßnahmen auf die landwirtschaftlichen Betriebe erfasst. Sie ist als Arbeitshilfe den Planunterlagen beigelegt und nicht Gegenstand der Planfeststellung. Von wesentlicher Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Flächenverluste, Umwegeschäden sowie Einschränkungen bei der Weiterentwicklung von Betriebsstandorten, die schlimmstenfalls zu einer Gefährdung der Existenz einzelner Betriebe führen können. [782]	Um die Schäden durch Inanspruchnahme von privaten Flächen in möglichst geringem Umfang zu halten und wertgleich auszugleichen, sind bereits Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden. Hierbei werden auch geeignete Flächen hinzugezogen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Ein anteiliger Landverlust, der für alle Teilnehmer tragbar ist, muss eventuell in Kauf genommen werden. Die Regelungen einer Unternehmensflurbereinigung sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Eventuell entstehende Entschädigungen sind nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens und werden nach der Planfeststellung in einer noch abzuschließenden Vereinbarung bzw. einem Vertrag zu regeln sein. [1059]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Abwägung möglicher Existenzgefährdung Insgesamt sind 40 Betriebe durch Flächenverlust sowie An- und Durchschneidung betroffen, bei vielen von ihnen gibt es weitere Auswirkungen auf die Flächen, betrieblichen Strukturen, Wegebeziehungen oder Hofstandorte. Die angestellten Betrachtungen geben den damaligen Planungsstand wieder, gegebenenfalls später vorgenommene Planänderungen wären ergänzend auszuwerten. Die Betroffenheitsanalyse stellt anhand ausgewählter Kriterien den Grad der einzelbetrieblichen Betroffenheit fest, ohne eine abschließende Beurteilung der Existenzgefährdung vorzunehmen. Aussagen zu diesem Belang, die aus einer vertiefenden Betrachtung auf einzelbetrieblicher Ebene abgeleitet wurden, sind offenbar nicht die Planunterlagen aufgenommen worden. Die Frage einer Existenzgefährdung ist jedoch im Rahmen der Planfeststellung hinreichend abzuarbeiten und in die Abwägung einzustellen. [783]	Um potentiell existenzgefährdete Betriebe zu ermitteln, wurde in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer eine Betroffenheitsanalyse durchgeführt. Der Grad der Betroffenheit ist durch die Landwirtschaftskammer für alle landwirtschaftlichen Betriebe im Untersuchungsraum des 7.BA der A 39 anhand der direkten Betroffenheit ermittelt und beurteilt worden. Eine Fortschreibung der Betroffenheitsanalyse wegen indirekter Betroffenheit sowie zukünftiger Chancen, Aussichten und Erwartungen in der Betriebsentwicklung ist nicht erforderlich. Dies ist wie folgt zu begründen: Ein öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch gegen eine Straßenplanung kommt nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urt. V. 16.09.1993, 4 C 9/91) grundsätzlich nur dem Eigentümer des von dem Vorhaben betroffenen Grundstücks zu. Existenzgefährdung können daher nur direkt von der Baumaßnahme betroffene Betriebsinhaber geltend machen. Indirekte Auswirkungen einer Baumaßnahme wie z.B. zusätzliche Flächenverknappungen sind entsprechend bei der Überprüfung von einzelbetrieblichen Existenzgefährdungen nicht zu berücksichtigen. Der Vortrag, dass in der Datenerhebung der Betroffenheitsanalyse z.B. die

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
		<p>allgemeine Flächenverknappung durch den Bau der A 39 mit als Bewertungskriterium zu berücksichtigen ist, trifft daher nicht zu. Maßgeblich hierfür ist, dass für eine Flächenverknappung auch andere Faktoren ausschlaggebend sind. Anzuführen sind z.B. vermehrte Umweltauflagen, erhöhte außerlandwirtschaftliche Nachfrage aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, hohe Flächennachfrage durch expandierende Betriebe, hohe Viehdichten in der Region etc.</p> <p>Die Ergebnisse der Betroffenheitsanalyse bilden die Grundlage für die Beauftragung und das Erstellung von Gutachten zur Überprüfung der Existenzgefährdung einzelner Betriebe.</p> <p>Zur Prüfung der Existenzgefährdung der jeweiligen betroffenen Landwirtschaftsbetriebe wurden Existenzgutachten in Auftrag gegeben, die auch für alle betroffenen Betriebe vorliegen. Die Existenzgefährdungsgutachten umfassen u.a. auch eine betriebswirtschaftliche Beurteilung unter Einbeziehung verschiedenster Faktoren. Durch die in den Gutachten aufgezeigten Maßnahmen kann eine Existenzgefährdung abgewendet werden.</p>
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	11. Flurbereinigung Die Auswirkungen der Planung auf die Agrarstruktur und die Betroffenheit einzelner Grundeigentümer sollen durch die Einleitung von Unternehmensflurbereinigungen vermieden oder abgemildert werden. Trotz formal getrennter Verfahren ergeben sich hier Berührungspunkte, die in die Planfeststellung hineinwirken. Hieraus folgt, dass im o.g. Sinne erforderliche Anpassungen der Planinhalte auch zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht werden müssen. [784]	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Regelungen einer Unternehmensflurbereinigung sind nicht Bestandteil dieses Planfeststellungsverfahrens. [1061]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Planabstimmung Die von der örtlichen Landwirtschaft und dem Amt für Landentwicklung für die vorgesehenen Verfahrensgebiete Jembke und Ehra bereits im Entwurf erarbeitete Konzeption der Wege- und Gewässernetze ist in der Planfeststellung zu berücksichtigen. In verschiedenen Punkten macht dies Anpassungen der vorliegenden Planung erforderlich. Wir verweisen diesbezüglich auf die Stellungnahmen des Amtes für Landentwicklung, die von uns grundsätzlich mitgetragen werden. [785]	Hierbei handelt es sich offensichtlich um Maßnahmen, die in der Unterlage 21.2 "Beispielhafte Darstellung des künftigen Wirtschaftswegenetzes" dargestellt sind und welche im Zuge des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Jembke nach § 86 FlurbG erarbeitet wurde bzw. die für den Bereich Ehra erarbeitet wurden. Bei dieser Unterlage handelt es sich um eine beispielhafte Darstellung des zukünftigen Wirtschaftswegenetzes, wie es sich nach Abschluss einer Unternehmensflurbereinigung nach § 87 FlurbG darstellen könnte. Die mögliche Umsetzung obliegt dann der Unternehmensflurbereinigung, welche bereits eingeleitet wurde. Die Erwiderung zur Stellungnahme des Amtes für Landentwicklung wird dort erfolgen. [1062]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Flächenbereitstellung Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Höhe des Landabzuges in der Unternehmensflurbereinigung keinesfalls mehr als fünf Prozent betragen sollte. Demzufolge sind in ausreichendem Umfang Flächen aus der Hand des Unternehmensträgers in die Verfahren einzubringen. Alternativ hierzu ist eine Verlagerung von räumlich flexiblen Flächenansprüchen, wie z.B.	Um die Schäden durch Inanspruchnahme von privaten Flächen in möglichst geringem Umfang zu halten und wertgleich auszugleichen, ist bereits ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden. Hierbei werden auch geeignete Flächen hinzugezogen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Ein anteiliger Landverlust, der für alle Teilnehmer tragbar ist,

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID								
	Kompensationsmaßnahmen, aus dem Nahbereich der Trasse heraus vorstellbar. Dies wäre im Zuge der Planfeststellung zu berücksichtigen, so dass sich ein unmittelbarer Bezug zum aktuellen Verfahren ergibt. Die vorrangige Zweckbestimmung eines Unternehmensflurbereinigungsverfahrens liegt nicht in der lagegerechten Flächenbeschaffung für den Unternehmensträger. Neben der Vermeidung und Verminderung landeskultureller Nachteile spielt hier vielmehr auch die Verteilung des Landverlustes eine Rolle. <u>[786]</u>	muss eventuell in Kauf genommen werden. Die Regelungen einer Unternehmensflurbereinigung sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Eventuell entstehende Entschädigungen sind nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens und werden nach der Planfeststellung in einer noch abzuschließenden Vereinbarung bzw. einem Vertrag zu regeln sein. Daneben ist anzumerken, dass die Landwirtschaftskammer einem Landabzug von mehr als fünf Prozent im Bereich Ehra zugestimmt hat. Auf den Schriftwechsel wird verwiesen. <u>[1063]</u>								
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	12. Forstwirtschaft Von dem Planvorhaben sind erhebliche Waldflächen betroffen, u. W. handelt es sich ausschließlich um Privatwald, womit unsere Belange maßgeblich tangiert sind. Das Forstamt Südheide der Landwirtschaftskammer Niedersachsen nimmt hierzu wie folgt Stellung: Gemäß der Darstellung im Erläuterungsbericht wie auch im landschaftspflegerischen Begleitplan ergibt sich in der Zusammenstellung der Waldbeeinträchtigungen durch bau- und anlagebedingte Inanspruchnahme insgesamt eine Fläche von 35,2 ha. Zur Kompensation wird dieser Angabe eine Fläche von 36,6 ha gegenübergestellt, die sich wie folgt zusammensetzt: <table><tr><td>- Wiederherstellung von Wald (trassennah):</td><td>3,8 ha</td></tr><tr><td>- Aufforstung von Laubwald:</td><td>27,2 ha</td></tr><tr><td>- Anlage/Entwicklung von Waldrändern:</td><td>5,6 ha</td></tr><tr><td>Summe</td><td>36,6 ha</td></tr></table> Bei Waldumwandlungen besteht lt. NWaldLG die Anforderung einer mindestens flächengleichen Ersatzaufforstung (NWaldLG LG § 8 (4)). Sofern eine Entwicklung bereits bestehender Waldränder hier einbezogen wird, kann eine solche Maßnahme vor diesem Hintergrund nicht als eine Ersatzaufforstung gelten, folglich wäre die o. g. Kompensationsfläche entsprechend verringert, so dass die Gegenüberstellung mit den Flächen der Waldbeeinträchtigungen nicht der Mindestanforderung von 1:1 genügen kann. <u>[787]</u>	- Wiederherstellung von Wald (trassennah):	3,8 ha	- Aufforstung von Laubwald:	27,2 ha	- Anlage/Entwicklung von Waldrändern:	5,6 ha	Summe	36,6 ha	Dem Einwand wird gefolgt, die Entwicklung von Waldrändern, die teilweise die Unterpflanzung von bestehendem Wald beinhaltet wird aus der Kompensationsbilanz nach NWaldLG herausgelöst. <u>[237]</u>
- Wiederherstellung von Wald (trassennah):	3,8 ha									
- Aufforstung von Laubwald:	27,2 ha									
- Anlage/Entwicklung von Waldrändern:	5,6 ha									
Summe	36,6 ha									
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich <u>[40]</u>	Bei genauer Betrachtung der Einzelflächen, die als Kompensation zur Aufforstung mit Laubholz vorgesehen sind, ergibt sich u. E. anstatt der in den Unterlagen dargestellten 27,2 ha (wobei die Maßnahme 11.12 E Fes in der Aufstellung fehlt), eine Summe von 34,0 ha. <u>[2080]</u>	Der Hinweis der fehlerhaften Flächenzusammenstellung trifft zu, diese wurde im Zuge des Deckblattverfahrens korrigiert. Unter Berücksichtigung der Maßnahme 11.12 EFCS und einer korrigierten Flächensummierung der Aufforstung von Laubwald ergibt sich eine Fläche von 33,6 ha. In Kombination mit der Maßnahme „7.1 E - Wiederherstellung von Wald“ (3,8 ha) ergibt sich eine Gesamtfläche von 37,4 ha die einer Waldverlustfläche von 33,6 ha gegenübergestellt ist. Eine Kompensation nach NWaldLG von mindestens 1:1 ist somit gewährleistet. <u>[238]</u>								
00000019 - Landwirtschaftskammer	Das danach erzielte Verhältnis der Kompensationsfläche zu der Fläche der Waldbeeinträchtigungen genügt den Anforderungen vollkommen.									

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Wenn dies so zutrifft, bitten wir um entsprechende Korrektur, zumal es sich anscheinend lediglich um ein Additionsversehen handelt, da die Einzelflächen - bis auf die genannte - vollständig aufgeführt sind. Sofern diese Annahme der fehlerhaften Flächenzusammenstellung nicht zutreffen sollte, wäre die Kompensationsfläche (ggf. ohne Einbeziehung der Entwicklung bestehender Waldränder) bis zu dem Verhältnis von 1:1 zur Fläche der Waldbeeinträchtigungen durch zusätzliche Ausweisung anzuheben. [2081]	Der Hinweis der fehlerhaften Flächenzusammenstellung trifft zu und wurde im Zuge des Deckblattverfahrens in den entsprechenden Unterlagen korrigiert (siehe o. a. Erwiderung). [1064]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Damit wären unsere Bedenken hinsichtlich der Festlegung des Kompensationsbedarfs ausgeräumt. [2082]	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. [822]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Bei der Wahl der Ersatzflächen wäre aus hiesiger Sicht unter Eigentums- wie auch waldbaulich/fachlichen Gesichtspunkten eine stärkere Berücksichtigung der sich aus der Abfrage der Bez. Försterei Dannenbüttel ergebenden Flächen gleichfalls zur Wahrung der Interessen der örtlichen Forstbetriebsgemeinschaft vorteilhaft gewesen. Anscheinend haben die angewandten Kriterien zu einer anderweitigen Festlegung geführt. Das ist bedauerlich, da somit die genannten Aspekte nicht berücksichtigt wurden. Eine nochmalige Prüfung und entsprechende Änderung bei ggf. auch vor- liegenden diesbezüglichen, anderweitigen Einwendungen würden wir begrüßen. [2083]	Bei der Auswahl der Flächen / Bestände für Aufforstungs- und/oder Waldentwicklungsmaßnahmen wurden Eignung, Verfügbarkeit, Funktionalität u. a. berücksichtigt. Die Abfrage der Bez.-Försterei ist zunächst in den „Flächenpool“ möglicher Maßnahmenflächen mit eingeflossen. Im Zuge der weiteren fachlichen Abstimmung wurde dann die vorliegende Maßnahmenflächenkulisse entwickelt und entsprechend dem Bedarf konkretisiert. [239]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Bei der konkreten, lokalen Festlegung der jeweiligen Kompensationsfläche muss eine Eignung des Standorts für die jeweilige Baumartenwahl bzw. den Waldentwicklungstyp unbedingt gegeben sein für ein gedeihliches Anwachsen der Kultur. Eine forstliche Standorterkundung kann hier wichtige Hinweise liefern, bei schwachen Böden und entsprechend zu befürchtenden Ausfällen sollte eine alternative Bepflanzung mittels einer Baumartenzusammensetzung mit geringeren Ansprüchen eingeplant werden. [2084]	Der Hinweis wird im Rahmen der Ausführungsplanung beachtet. [240]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Wald hat gem. § 1 Ziff. 1 NWaldLG verschiedene Funktionen wie die Nutz-, Schutz und Erholungsfunktion. Bereits bei der Waldbegründung sind wesentliche forstliche Aspekte von grundlegender Bedeutung wie diese auch unter der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft nach § 11 NWaldLG auf- geführt sind; so hat bspw. die Standortwahl wesentliche Einflüsse auf die mögliche spätere Nutzung Verwendung des wertvollen Rohstoffes Holz (Nutzfunktion) und ist dementsprechend zu berücksichtigen. [2085]	Die forstlichen und naturschutzfachlichen Aspekte bei der Waldbegründung werden berücksichtigt. [1065]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Gleichermaßen zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft gehört die Verwendung standortgerechter, herkunftsgesicherter Qualitätspflanzen gern. Forstvermehrungsgutgesetz, das ist bei den Leistungsanforderungen zur konkreten Planung der Aufforstungen zu beachten. [2086]	In den betreffenden Maßnahmeblättern ist ein entsprechender Hinweis bezüglich des zu verwendenden Pflanzengutes gegeben. Z.B. 11.7 EFCS: Bei Baumarten, die den Regelungen des Forstvermehrungsgutgesetzes unterliegen, ist nur herkunftsgesicherte Pflanzware zu verwenden. Die Maßnahmen liegen in der ökologischen Grundeinheit 5. Straucharten, die

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
		nicht durch das FoVG bzw. die FoVHgV geregelt werden, werden gemäß den Vorgaben des BNatSchG, § 40 (4) 4., gepflanzt. [241]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Bei der Anlage einer bestehende Strukturen schneidenden Trasse ist die Erhaltung/Wiederherstellung der Verbindungen/Anbindungen an das öffentliche Straßennetz bezüglich der Waldflächen von entscheidender Bedeutung. Die besondere Wichtigkeit dieser Verbindung ist begründet in der Erreichbarkeit der Waldflächen mit entsprechenden Fahrzeugen und Maschinen für die Waldpflege, sowie Holzernte und -abfuhr, aber darüber hinaus noch wesentlicher für Katastropheneinsätze wie Windwurf und Waldbrand, wobei letzteres insbesondere in kiefernreichen Waldgebieten auf leichten Sandböden, wie sie auch im Planungsraum zahlreich vertreten sind, ein Aspekt von außerordentlicher Bedeutung ist. Dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund der lokalen Baumartenzusammensetzung insbesondere beachtlich in dem Waldbereich westlich Vogelmoor, zwischen Sandabbau Lessien im Norden und der K 105 im Süden sowie in den Waldflächen im nördlichsten Bereich des Abschnitts 7 vom Barbarischen Berg bis zum Gelände des Truppenübungsplatzes. [2087]	Der Vorhabenträger hat zunächst die Verpflichtung, dass sämtliche vorhandenen Flurstücke nach dem Bau der A39 erschlossen sind. Durch die, in den Planunterlagen dargestellten vorhandenen und geplanten Wirtschaftswege und Forstwege wird dies gewährleistet. Dies gilt auch für Flurstücke die durch die A39 Trasse angeschnitten werden. [1066]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Während die Verbindungen im erstgenannten Bereich aus unserer Sicht zufriedenstellend hergestellt sind, ist dies beim letzteren Waldbereich nicht der Fall. Die derzeitige Anbindung der Forstbereiche am Bombarischen Berg auf LKW-fähigen Wegen wird durch die nördliche Verlegung der Ortsumgehung Ehra sowie die dortige Anschlussstelle an die A39 vollkommen zerschnitten. Daneben sind auch ganz wesentliche Anteile dieser Anbindung durch die ohrförmige Ausbildung der Auffahrten auf die A39 überbaut und somit nicht mehr nutzbar. [2088]	Bei der dargestellten geplanten Anbindung (rote Variante) handelt es sich um die Anbindung eines vorh. Wirtschaftsweges. Falls dieser nicht „LKW-fähig“ sein sollte, wird von Seiten der Vorhabenträgerin ein entsprechenden Befestigungsaufbau zugesichert. [242]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	Der alternativ in der Planung ausgewiesene Verbindungsweg ist größtenteils nicht LKW-fähig, was die Standfestigkeit des Untergrunds, aber auch Breite und Lichtraumprofil betrifft. Daher muss in diesem Fall, um den Status Quo der Erreichbarkeit der Waldflächen am Bombarischen Berg mittels LKW-fähigem Weg weiterhin zu gewährleisten, entweder eine Verstärkung und entsprechender Ausbau der in der Planung dargestellten Variante durchgeführt oder eine alternative Trassenführung (eigener Vorschlag) LKW fähig ausgebaut werden. Zur Verdeutlichung des Gesagten werden die möglichen Anbindungen in der Karte [siehe Anlage] dargestellt wie folgt: Trasse 1 (gelb); derzeitige Verbindung (ganzjährig LKW-fähig), Trasse 2 (rot); vorliegende Planung der Anbindung nach Verlegung der Ortsumgehung Ehra und Erstellung der Anschlussstelle an die A39 (nicht LKW-fähig), daher entspr. Kartendarstellung in gesamter Länge LKW-fähig zu erstellen, Trasse 3 (blau); Alternativer Vorschlag unsererseits (Ausbau gleichfalls LKW-fähig zu erstellen).	Der Vorhabenträger hat zunächst die Verpflichtung, dass sämtliche vorhandene Flurstücke nach dem Bau der A39 erschlossen sind. Durch die, in den Planunterlagen dargestellten vorhandenen und geplanten Wirtschaftswege und Forstwege wird dies gewährleistet. Dies gilt auch für Flurstücke die durch die A39 Trasse angeschnitten werden. Der Trasse 3 (blau) wird aus naturschutzfachlicher Sicht nicht zugestimmt, da die vorgeschlagene Wegeführung an zwei Vernetzungsbauwerken vorbei verläuft (BW 07-01b und BW 07-01c) und dadurch auch eine Verbindung östlich der L 289 ermöglicht. Diese zusätzliche Beunruhigung kann durch die vorgeschlagene Wirtschaftswegeanbindung (Variante 2) vermieden werden. Bei der vorliegenden Planung der Wirtschaftswegeanbindung (Trasse 2) wird von der Vorhabenträgerin ein LKW-fähiger Ausbau zugesagt. [1067]

TÖB 19 – Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn

Name / Vertreter / ID	Thema / ID	Erwiderung / ID
	<p>Aus forstfachlicher Sicht ist nochmals zu betonen, dass die Erreichbarkeit der Waldflächen am Bornbarischen Berg von sehr großer Bedeutung ist, hier sind beträchtliche Vorräte erntefähiger Sortimente an Holz vorhanden, darüber hinaus muss die Verbindung im Falle eines Waldbrandes unbedingt gegeben sein - örtlich ist insgesamt Nadelholz, größtenteils Kiefer auf Sandböden betroffen (siehe auch o. g.).</p> <p>Wir fordern daher, die Anbindung auf einer der möglichen Trassen mit LKW-fähigem Ausbau entsprechend des derzeitigen Status sicherzustellen.</p> <p>In allen Waldbereichen muss der Ausbau von Wegen und Verbindungen bis zum Anschluss an das öffentliche Straßennetz insgesamt lastfähig für LKW mit entsprechenden Größen gem. "Richtlinien für den ländlichen Wegebau" (u. a. Einhaltung von Kurvenradien etc.) hergestellt werden. [2089]</p>	
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>13. Fazit</p> <p>Die Planung greift tiefgehend in einen intensiv landwirtschaftlich genutzten Raum ein und berührt in einem erheblichen Umfang landwirtschaftliche Belange ohne diese entsprechend zu berücksichtigen. Zu vielen der aufgeführten landwirtschaftlichen Belange werden seitens der örtlichen Landwirtschaft, des Landvolkverbandes, der Beregnungsverbände, des Abwasserverbandes Wolfsburg und des Amtes für Landentwicklung im Detail weitere konkrete Hinweise ergehen, die zu beachten sind. Aufgrund der vorgenannten Punkte bestehen Bedenken, so dass wir der Planung in der vorgelegten Form nicht zustimmen können. [788]</p>	Die dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen. [884]
00000019 - Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig Eichhorn, Heinrich [40]	<p>Mit freundlichen Grüßen Claus Borchers Ländliche Entwicklung</p> <p>Anlage: Übersichtskarte Walderschließung Ehra wird nicht dargestellt [789]</p>	